



Jugendkongress 2004

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 09.12.2004

Ltg.-**367/E-1/4-2004**

R- u. V-Ausschuss

Forderungen
des
Jugendkongresses vom 1. Dezember 2004
an den Landtag von Niederösterreich

Die Teilnehmer des NÖ Jugendkongresses 2004 haben sich in den Arbeitskreisen mit den nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

Arbeitskreis 1

Jugend und Familie

1. Die derzeitige starre Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld soll insofern verbessert werden, dass eine gleitende Grenze eingeführt wird. D.h. bei einem Einkommen von 10% über der Zuverdienstgrenze wird das Kinderbetreuungsgeld um 10 % gekürzt etc.
2. Die derzeitige Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld soll insofern verbessert werden, dass eine gleitende Grenze eingeführt wird. D.h. bei keinem Einkommen bzw. einem Einkommen unter der Zuverdienstgrenze soll die Familie bis zu 50% mehr Kinderbetreuungsgeld erhalten.

3. Zuschüsse für Unternehmen, wenn sie MitarbeiterInnen kostenlose Fortbildungsmaßnahmen in der Karenzzeit bieten, den Wiedereinstieg bzw. die Neueinstellung garantieren und auf eine nachfolgende Kündigung verzichten (Arbeitsplatzgarantie auf gewisse Zeit).
4. Maßnahmen für die Wohnungsvergabe:
 - *) Bevorzugung von Jungfamilien
 - *) Vorfinanzierung von privaten Mietkautionen durch das Land.
5. Gratisvergabe von Kondomen an öffentlichen Institutionen (Schulen, Apotheken, Ärzte etc.) mit begleitender Kampagne.
6. Der derzeitige Schutz des arbeitsfreien Sonntages sollte im Interesse der Familie aufrecht erhalten bleiben.
7. Es sollte die Information über die Kinderbetreuung in Niederösterreich verbessert werden und die vielen bestehenden Möglichkeiten flächendeckend erhalten bleiben und ausgebaut werden, Betriebskindergärten sollten extra gefördert werden.
Wir fordern eine flächendeckende Bedarfserhebung in Bezug auf Kinderbetreuungsplätze in Niederösterreich.

Arbeitskreis 2

Jugend und Ehrenamt

- **Umsatzsteuererfundierung** für ehrenamtlich tätige Vereine.
- **Kunst** ist auch ein Ehrenamt, daher soll diese auch gefördert werden, zum Beispiel durch **Zurverfügungstellung von Proberäumen**.
- **Jugendfonds** sollen eingerichtet werden, die zweckgebunden sind für persönliche Kosten (Fahrtkosten, sonstige Ausgaben, die für Jugendliche anfallen, die sich in Vereinen organisieren). Der Jugendfonds soll dem Verein zur Verfügung stehen.
- Bezirksweise sollen „**Vereinshefte**“ mit kurzer Vorstellung der Vereine, die es für Jugendliche im Bezirk gibt, hergestellt und verteilt werden. Diese sollen eine kurze Vereinsvorstellung enthalten, diese soll jugendgerecht sein.
- Ehrenamt ist grundsätzlich ein Amt, das Jugendliche in der Freizeit ausüben, es kann in Schule/Arbeit hineinspielen, daher soll es für alle ehrenamtlichen Dienste, Einsatzfälle und Katastrophenfälle, in der Schule und bei der öffentlichen Hand eine **Schulfreistellung/Dienstfreistellung** geben. In Betrieben soll es bei Katastrophenfällen eine verpflichtende Dienstfreistellung geben. Dafür soll ein Fonds errichtet werden, aus dem die Aufwendungen des Betriebes abgegolten werden. Die Freistellungen sollten nur in angemessenem Rahmen für Einsatzfälle möglich sein. Es wird gefordert, für ehrenamtlich tätige Jugendliche, die in der Schule zurückfallen, eine Lernbegleitung zur Verfügung zu stellen.
- Parteiübergreifend soll **Aufklärungsarbeit** geleistet werden in Richtung Wirtschaft, Schule (Direktion, LehrerInnen) wie wichtig das Ehrenamt ist, um das Image der Jugend zu verändern (in Deutschland gibt es eine Studie die bestätigt, dass ehrenamtlich tätige Jugendliche ein Gewinn für das Unternehmen, in dem diese tätig sind, sind). Und damit keine Nachteile für ehrenamtlich tätige Jugendliche entstehen.

- Da der persönliche Einsatz bei der ehrenamtlichen Tätigkeit weit über das normale Maß hinausgeht (Urlaube werden investiert) soll ein **Anreizsystem** geschaffen werden. Und zwar in der Form, dass Ausbildungen, die im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit absolviert werden, für den Beruf anrechenbar sind oder/und zum Beispiel der Führerschein der Klasse C vom Land finanziert wird. Dies soll nur für caritative Vereine gelten.
- Als **SchülervertreterInnenbudget** sollen 400 Euro zur Verfügung stehen. SchülervertreterInnen arbeiten ehrenamtlich, es sollte viel gemacht werden, aber oft fehlt das Geld. Das Geld könnte vom Land oder Elternverein kommen.
- Um die Arbeit als **SchülervertreterInnen** effizient durchzuführen, müssen diese **gewisse Rechte** haben (Zeitung der Schülervertretung verteilen, ...). Das Land soll diese Forderung unterstützen. Da dieses Thema sehr umfangreich ist und ausführlich diskutiert werden sollte, wird ein **eigener Jugendkongress** zum Thema Schülerrechte gefordert.
- Auch die StudentenvertreterInnen der **ÖH** arbeiten ehrenamtlich. Der Arbeitskreis sprach sich mehrheitlich gegen eine Zerschlagung/Entmündigung (wie derzeit geplant, Direktwahl soll nicht abgeschafft werden) der ÖH aus. Das Land soll diese Forderung unterstützen.
- **Präsenz- und Zivildienstler** leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihre Rechte müssen aber gesichert werden. Es muss eine rechtlich anerkannte Vertretungsinstitution auf Bundes- und Landesebene geschaffen werden. Die bestehenden Institutionen reichen bei weitem nicht aus.

Arbeitskreis 3

Jugend und Generationen

„Niederösterreich soll das erste Bundesland sein, das den Schritt vom Generationenvertrag zum Generationendialog macht.“

Das gegenwärtige Generationenverhältnis wird von den meisten nicht als eine unüberbrückbare Kluft wahrgenommen. Bei aller Sorge um die junge Generation und ihre Zukunft zeigt sich auch die Solidarität mit den Älteren und ihren Problemen.

Wenn es heute zu Konflikten und Verständnisschwierigkeiten zwischen den Generationen kommt, dann liegt das an beiden Seiten gleichermaßen.

- **Ausgleich der Lebensverdienstkurve**

Junge Menschen haben zu wenig Geld zur Verfügung, weil sie beim Berufseinstieg wenig verdienen. Je älter wir werden, desto mehr verdienen wir, obwohl wir das Geld jetzt für die Gründung einer Familie, für den Kauf einer Wohnung, einfach für die Schaffung einer Existenz brauchen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die Lebensverdienstkurve am Anfang angehoben wird und dafür im Alter weniger stark steigt.

- **Regionale Generationenzentren**

- Wir sehen eine Verbindungsstelle zum Austausch zwischen Jung und Alt auf regionaler Ebene als wesentlichstes Potential um Generationskonflikte zu vermeiden.
- Sowohl Jugendliche als auch Senioren können davon profitieren, wenn sie aktiv das Gespräch miteinander suchen (Erfahrungsaustausch, Ideen, Zeitzeugen, Besuchsdienst, ...).
- Es wäre für beide Seiten eine Bereicherung, die jeweilige Lebenssituation des anderen kennen zu lernen. Darum fordern wir, in den Gemeinden und

Regionen Generationenzentren einzurichten, die die Vernetzung zwischen Jung und Alt fördern und konkrete Projekte initiieren.

- **Qualität der Lehre**

- vermehrte politische Diskussionen, insbesondere zum Umgangsstil mit Lehrlingen in Betrieben (respektvoller Umgang miteinander)
- Überprüfung der gesetzlichen Normen auf ihren Realitätsbezug
- Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen, bezogen auf eine umfassende Ausbildung im Lehrbetrieb

- **Jugendförderung durch Gemeinden und Land Niederösterreich**

- Förderung von allen Jugendorganisationen (formelle und informelle)
- Einrichtung und Erhaltung von Jugendzentren
- mehr Jugendzentren in NÖ – Ziel: flächendeckend

- **Jugend und Politik**

- Wir fordern mehr jüngere MandatarInnen im NÖ Landtag, in den Gemeinderäten und allen anderen politischen Entscheidungsgremien in Österreich.
- Verpflichtende Einführung von Unterrichtsgegenständen, die sich konkret mit politischer Bildung auseinandersetzen und die von dafür aus- und fortgebildeten LehrerInnen unterrichtet werden.
- Ausweitung der Idee des NÖ Jugendkongresses auf alle Ebenen (Bund, Land, Gemeinden).

Arbeitskreis 4

Jugend und Soziales

- **Soziale Projekte** an den Schulen (Veranstaltungen, Workshops, Vereine) mehr zu fördern und zu unterstützen. Den Schülern die Möglichkeit geben, an Diskussionsrunden teilzunehmen und Aktionen setzen zu können und während dieser Zeit vom Unterricht freigestellt zu werden.
- Es soll an Schulen die **soziale Betreuung** durch ausgebildete Fachleute (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, ModeratorInnen) vermehrt angeboten werden, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Probleme besprechen und analysieren und somit besser bewältigen zu können.
- **Zivildienst:**
 - a) Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Wehrdienst (Verkürzung, Einkommen)
 - b) Stärkung der Mitspracherechte von Zivildienervertretern
 - c) Möglichkeit zum Abmelden vom Essen beim Wehrdienst als Grundwehrgeldnehmer
- **Freiwilliges Sozialjahr:**
 - a) Volle sozialrechtliche Absicherung für das freiwillige Sozialjahr und daher auch pensionsrechtliche Anrechnung.
 - b) Fahrtkostenermässigung wie für SchülerInnen und StudentInnen.
- **Zusätzliches Unterrichtsangebot:**

Einrichtung von schulautonomen Unterrichtsgegenständen zur Förderung der Persönlichkeitsbildung (Rhetorik, Kommunikation, Projektmanagement).
Verstärkte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen für das Leben, insbesondere das Berufsleben (Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit).

- **Kostenlose** Zurverfügungstellung von nicht rezeptpflichtigen **Verhütungsmitteln** an Schulen.

- **Soziale Gerechtigkeit:**
 - a) Förderung von Sammeltaxis und Discobussen
 - b) Vermehrte Ermässigungen für SchülerInnen und StudentInnen

- **Beratungsstellen für Frauen** (ungewollte Schwangerschaften, familiäre Probleme) verstärkt im ländlichen Raum.